

1705

Dienstag, 4. November 1941.

Wahrung der schweizerischen
Vermögensinteressen gegen-
über dem Ausland.

Politisches Departement. Antrag vom 25. Oktober 1941.
Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 3. November 1941.

Am 12. Juni d.J. haben Herr Nationalrat Dr. G. Bachmann und sechs weitere Mitglieder des Nationalrates an den Bundesrat eine Eingabe gerichtet betreffend die Wahrung der schweizerischen Vermögensinteressen im Ausland. Es dränge sich die Notwendigkeit auf, hiefür neben der Handelsabteilung, neben dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit und andern Aemtern bei einem Departement der Bundesverwaltung eine besondere Stelle zu schaffen. Die Aufgabe des Schutzes der schweizerischen Vermögensanlagen im Ausland sei ausserordentlich weitschichtig geworden und erschöpfe sich keineswegs etwa in der Vertretung in Handelsvertrags- oder Clearingverhandlungen und Doppelbesteuerungsfragen. Gerade im Hinblick auf die kommende Neugestaltung Europas und die weiteren Kriegsfolgen sei dieser Aufgabenkreis derart gewachsen, dass die Schaffung der notwendigen amtlichen Stelle und die ebenso dringliche Koordinierung der Interessen keine weitere Verzögerung erleiden sollten.

Am 18. Juli fand bei Herrn Bundespräsident Wetter in Gegenwart des Vorstehers des Politischen Departements eine Aussprache mit Herrn Professor Bachmann statt. Sie ergab eine vollständige Uebereinstimmung der Ansichten. Es wurde festgestellt, dass nach dem Bundesgesetz über die Organisation der Bundesverwaltung die Wahrung der schweizerischen Vermögensinteressen im Ausland in den Geschäftsbereich des Politischen Departements fällt und dass sich bei der Abteilung für Auswärtiges eine besondere Sektion, das "Rechtsbureau", bereits seit Jahren mit dieser Aufgabe befasst. Gegenüber der Eingabe der sieben Nationalräte wurde anerkannt, dass die heutigen ausserordentlichen Zeitverhältnisse und die zu erwartenden neuen Aufgaben einen Ausbau dieser Sektion verlangen.

Der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins und die Schweizerische Bankiervereinigung, die zur Vernehmlassung eingeladen wurden, äusserten sich beide ebenfalls in diesem Sinne.

Das Politische Departement unterbreitet nunmehr dem Bundesrat eine Anzahl von Vorschlägen, die diesen berechtigten Wünschen Rechnung tragen sollen.

I. Es befassen sich derzeit eine Reihe von Stellen, von verschiedenen Gesichtspunkten aus, mit Problemen der Wahrung der schweizerischen Vermögensinteressen im Ausland, ohne dass eine Zusammenfassung aller dieser Bestrebungen in einer Hand bisher erfolgt wäre. In die-



- 2 -

ser Beziehung sollte nun ein für allemal festgestellt werden, dass die letzte Entscheidung - soweit nicht der Bundesrat selber zu befinden hat - beim Politischen Departement liegt.

Um diese Zusammenfassung auch nach aussen erkennbar werden zu lassen, wird vorgeschlagen, das "Rechtsbureau der Abteilung für Auswärtiges" in eine "Sektion für Rechtswesen und private Vermögensinteressen im Ausland" umzuwandeln. Der Chef dieser Sektion, der bereits Mitglied der ständigen Delegationen für die Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ausland ist, hat grundsätzlich die Interessen der Finanzgläubiger in diesen Verhandlungen wahrzunehmen, selbstverständlich unter voller Aufrechterhaltung der Einheit der Verhandlungsführung, die, was die Wirtschaftsverhandlungen anbetrifft, wie bisher nur bei der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements liegen kann.

II. In personeller Hinsicht bedarf die Leitung der neuen "Sektion für Rechtswesen und private Vermögensinteressen im Ausland" der Verstärkung. Es werden folgende Massnahmen vorgeschlagen:

a) Die Oberleitung der neuen "Sektion für Rechtswesen und private Vermögensinteressen im Ausland" wird dem bisherigen Chef des "Rechtsbureau" der Abteilung für Auswärtiges, Herrn R. Kohli, übertragen. Herr Kohli, geb. 1896, heimatberechtigt in Rüscheegg (Kanton Bern), ist Ende 1918 in den Dienst des Bundes getreten. Er ist Sektionschef I. Klasse seit dem 1. Juni 1938 und bezieht eine Jahresbesoldung von 14 113 Fr., die wie folgt zusammengesetzt ist:

Grundbesoldung	Fr. 12 093.-
Ortszulage	" 480.-
Kinderzulage	" 130.-
Funktionszulage	" 1 410.-
	<hr/>
	Fr. 14 113.-

Die Funktionszulage für die nebenamtliche Leitung des Auswanderungsamtes wird nunmehr in Wegfall kommen, wenn das Auswanderungsamt gemäss dem heutigen Antrage des Politischen Departements der Sektion für Arbeitsnachweise des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit angegliedert wird. Damit wird sich Herr Kohli völlig der Leitung der "Sektion für Rechtswesen" und private Vermögensinteressen im Ausland widmen können. Das Politische Departement beantragt, ihm in Anerkennung der erhöhten Verantwortung, die ihm überbunden wird, eine Funktionszulage in der Höhe von 2500 Franken zuzuerkennen.

b) Die "Sektion für Rechtswesen und private Vermögensinteressen im Ausland" wird untergeteilt in zwei Untersektionen. Die eine Untersektion wird die eigentlichen Finanzfragen behandeln. Als Leiter dieser Untersektion wurde der Abteilung für Auswärtiges Herr Dr. P. von Salis, Legationssekretär I. Klasse zugeteilt, der bis vor kurzem der Gesandtschaft in Paris zur Behandlung der Handelsangelegenheiten angehört hat.

An der Spitze der zweiten Untersektion, der die Behandlung der übrigen in den Aufgabenkreis des bisherigen Rechtsbureau fallenden Geschäfte zufällt, steht Herr Dr. Richard Meier, bisher

1706

- 3 -

schon Stellvertreter des Chefs des Rechtsbureau. Herr Dr. Meier, heimatberechtigt in Schaffhausen und Unterhallau, geb. 1895, ist am 1. Januar 1935 in den Dienst der Eidgenossenschaft eingetreten. Er ist Sektionschef II. Klasse seit dem 1. Januar 1939 und bezieht eine Jahresbesoldung von 12 216 Franken, die sich wie folgt zusammensetzt:

Grundbesoldung	Fr. 11 736.-
Ortszulage	" 480.-
	<hr/>
	Fr. 12 216.-.

Das Departement beantragt, Herrn Dr. Meier zum Sektionschef I. Klasse zu befördern. Mit der Beförderung wäre eine Besoldungsaufbesserung von 650 Franken zu verbinden.

c) Herrn Dr. Meier war schon bisher ein Stellvertreter mit beschränkter Unterschriftsberechtigung in der Person des Herrn Hofer zugeteilt. Herr Fürsprech Walter Hofer ist heimatberechtigt in Walkringen, geb. 1901, und steht seit dem Jahre 1927 im Dienste des Bundes. Er ist Jurist I. Klasse seit dem 1. Januar 1936 und bezieht eine Jahresbesoldung von 10 349 Franken, die sich wie folgt zusammensetzt:

Grundbesoldung	Fr. 9 859.-
Ortszulage	" 240.-
" (Thun)	" 120.-
Kinderzulage	" 130.-
	<hr/>
	Fr. 10 349.-.

Das Departement beantragt, ihn zum Sektionschef II. Klasse zu befördern. Das Politische Departement beabsichtigte übrigens ohnehin, dem Bundesrat auf den 1. Januar 1942 einen dahingehenden Antrag zu unterbreiten. Mit der Beförderung wäre eine Besoldungsaufbesserung von 550 Franken zu verbinden.

d) Der Sektion für Rechtswesen und private Vermögensinteressen im Ausland soll ein volkswirtschaftlich-statistischer Dienst angegliedert werden. Hiefür wird vorläufig eine provisorische Arbeitskraft mit einer Besoldung von 8000 bis 9000 Franken vorgesehen. Es wird ausserdem geplant, zur Einrichtung dieses Dienstes vorübergehend einen mit diesen Fragen betrauten Beamten einer andern Amtsstelle zuzuziehen. Für die Besoldung dieses Beamten während drei bis vier Monaten wird ein Kredit von 4000 - 5000 Franken beansprucht werden müssen.

Antragsgemäss und mit Zustimmung des Finanz- und Zolldepartements wird daher

b e s c h l o s s e n :

1. Der vorstehende Bericht wird gutgeheissen.
2. Den Anträgen unter I und IIa bis d wird mit Wirkung ab 1. November 1941 zugestimmt.

Protokollauszug ans Politische Departement und ans Finanz- und Zolldepartement zum Vollzug.

Für getreuen Auszug,
Der Protokollführer:

Eininger